

zugestellt durch post.at
Erscheinungsort: Mürzzuschlag, Verlagspostamt 8680

Mürztaler Volksstimme

Kindberg - St. Barbara

Information der **KPO** Mürztal Mitte

Nr 22 Oktober 2023

Klein, aber mit Biss!



Aus dem Inhalt:

Das ist jetzt aber nicht dein Ernst, Christian!
(Offener Brief an den Kindberger Bürgermeister)

**Aus dem Kindberger Gemeinderat
Beruhigungspillen und Trostpflaster!**

**Aus dem Gemeinderat St. Barbara
Geht´s uns besser als wir glauben?**

Neutralität statt „Sky Shield“

Preisrätsel - Sozialberatung

Wohnen darf nicht arm machen

400 Euro Wohn- und Heiz- kostenzuschuss

Jetzt anfordern!

Wenn Sie ein jährliches Haushaltseinkommen von weniger als 30.734 Euro netto haben, können Sie den steirischen Wohn- und Heizkostenzuschuss ab sofort beantragen:

www.bit.ly/stmk-wohnkostenzuschuss



Nur mehr bis 31. Oktober!

Der Heizkostenzuschuß des Landes Steiermark wird ausbezahlt, wenn das Haushaltseinkommen 30.734 Euro jährlich nicht übersteigt. Wer weder Sozial- oder Wohnunterstützung bezieht muss einen Online-Antrag stellen:
www.bit.ly/stmk-wohnkostenzuschuss

Formular öffnen

Über egov.stmk.gv.at gelangen Sie zum Formular – einfach den Link im Posting anklicken.

Formular ausfüllen

Die Felder ausfüllen, danach die Felder für Datenschutz anhängen. Im zweiten Schritt die Daten kontrollieren und danach den Antrag abschicken. Sie müssen KEINE Dokumente hochladen.

Heizkostenzuschuss erhalten

Wenn Ihr Haushaltseinkommen 30.734 Euro jährlich nicht überschreitet, erhalten Sie den Heizkostenzuschuss vom Land Steiermark.
WICHTIG: Wenn Sie Sozial- oder Wohnunterstützung erhalten, sollten Sie den Betrag schon erhalten haben. Sollte dem nicht so sein, können Sie einen Antrag stellen.

KPO

Das ist jetzt aber nicht dein ernst?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Christian!

Du solltest wissen, dass ich prinzipiell wenig von Sozialen Medien wie zum Beispiel Facebook halte und mich auch kaum damit beschäftige. Jetzt ist mir aber vor ein paar Tagen ein Facebookposting von Dir aufgefallen. Da verkündest Du, dass Du Dich für

den Ankauf von steirischen Klimatickets eingesetzt hast und darauf ganz stolz bist.

Darüber hinaus schreibst Du, dass unser Landeshauptmannstellvertreter Anton Lang die gute Idee hatte und Du Dich dafür bedankst.

Wir kennen und schätzen uns mittlerweile schon ein paar Jahre. Trotz einiger politischen gegensätzlichen Auffassung war unser Verhältnis von Akzeptanz und Respekt getragen. Nur dieses Posting schreit förmlich nach Widerspruch: Wie Du Dich sicher erinnern kannst habe ich Dich am 29. Juni 2023 bei der Gemeinderatssitzung gefragt, ob nicht auch für Kindberg solche Klimatickets wie zum Beispiel in Mürzzuschlag oder in Bruck angekauft werden und diese an die Bevölkerung verliehen werden könnten.

Du warst damals nicht so begeistert und hast meiner Initiative eine Absage erteilt, weil es weder eine Nachfrage dafür gebe und Kindberg sowieso einen Citybus hätte, Mürzzuschlag aber keinen. Was nun ein vorhandener

Citybus mit einem nicht vorhandenen Klimaticket zu tun hat verstehe ich auch nicht ganz, aber egal, man muss ja nicht alles verstehen.

Warum Du aber so ein Posting verfasst hast, kapiere ich jetzt aber gar nicht. Manchmal denke ich mir sogar, dass es Du gar nicht verfasst hast sondern einen irgendein Ghostwriter. Aber selbst wenn es so wäre, solltest Du Dich eigentlich darum kümmern ob der Inhalt dieses Postings den Tatsachen entspricht oder nicht und dann die entsprechende Korrekturen vornehmen.



Stadtgemeinde Kindberg, öffentliche Gemeinderatsitzung vom 29.06.2023 / Protokoll: Blengl, MSc

Fragestunde gemäß § 54 Abs. 4 Stmk. GemO 1967 idgF.

Fragesteller:
 Christian Sander
 GR Mario Zver
 Bgm Christian Sander

bittet um Fragen:
 fragt, ob es die Überlegung für ein übertragbares Klimaticket in Kindberg gibt.
 antwortet, dass es in Kindberg unter anderem den Citybus, mit günstigen Fahrpreisen, gibt. Ebenso gäbe es kaum Nachfrage nach einem solchen Klimaticket. Im gesamten Bezirk gibt es ein solches Klimaticket nur in Mürzzuschlag oder Bruck an der Mur, wobei es in Mürzzuschlag unter anderem keinen Citybus gibt.

Wie ich Dich kenne, wird Dir so ein Missgeschick nicht mehr so schnell passieren. Ob Du in Deinem Facebook-Profil den wahren Sachverhalt darlegst bezweifle ich fast, hoffe es aber insgeheim doch. Ich kann Dir dafür versprechen, mich mehr um Deine Medienauftritte (und wenn es im Facebook ist) kümmere und sie vielleicht das Eine oder Andere mal zurechtrücken muss.

In der Hoffnung auf eine weitere Zusammenarbeit im Interesse der Kindberger:innen verbleibt

Mario Zver

KPÖ Bruck-Mürz- zuschlag hat einen Bezirkssekretär:

Der Kindberger Mario Zver ist der neue Bezirkssekretär im Bezirk Bruck-Mürzzuschlag.

Der Kindberger Gemeinderat betreut und koordiniert vom KPÖ-Büro in Mürzzuschlag aus, die Arbeit der Partei im Bezirk mit den vier Grundorganisationen Bruck/Mur, Kapfenberg, Mürzzuschlag und Mürztal-Mitte.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen und ihn den Lesern der Mürztaler Volksstimme besser bekannt zu machen:

Mario Zver ist 42 Jahre, gebürtiger Kroat, gelernter Maler und Anstreicher Reservesoldat beim österreichischen Bundesheer. Er wohnt und lebt seit seiner Kindheit in Kindberg, wo er 2019 in Gemeinderat gewählt wurde und dort seitdem aktiv ist.

Mario ist mit Sanela verheiratet, beide erwarten im März ihr erstes Kind.

Beruhigungspillen und Trostpflaster!

Fast alle Politiker sagen, dass sie um das Gesundheitssystem, das teure Wohnen, die Bildung und um unsere Kinder sehr besorgt sind und mit aller Kraft gegen Verschlechterungen kämpfen.

Deshalb wundere ich nicht darüber, dass trotzdem nichts passiert.

Man will zwar wieder ein paar Almosen verteilen. Von Nachhaltigkeit ist aber keine Spur. Wenn es in einem Monat die Gießkanne gibt, kommt für einen im nächsten Monat wieder die Sorge: Wie kann ich mir das Leben leisten!

So kann es keine Lösungen geben – aber vielleicht sind auch keine gewollt.

Das alles sind nur Beruhigungspillen und Trostpflaster, es steht ja ein großes Wahljahr bevor. Man denkt: Der dumme Wähler wird schon Alles glauben. Oder?

Ihr Gemeinderat *Mario Zver*

Was uns Auf- und Eingefallen ist...

...dass KPÖ Gemeinderat Mario Zver bei der Septembersitzung des Gemeinderates die Anfrage an den Bürgermeister richtete, ob es in Mürzhofen und Allerheiligen eine Möglichkeit für eine **Fernwärmeversorgung** gibt. Bürgermeister Sander erklärte dazu, dass es bis zum SPAR Markt in Hadersdorf angedacht ist. Prinzipiell wäre es in allen engen Siedlungsräumen möglich. Dort wo es das größte Interesse gibt, wird die Firma Bioenergie einen Fernwärmeanschluss ermöglichen.



...dass der Gemeinderat Kindberg in seiner Sitzung im Juni den Jahresabschluss 2022 des **Nahversorgers Allerheiligen** beschlossen hat. Die Umsatzerlöse sanken gegenüber 2021 um rund 35.000 Euro. Zum Eigenkapital des Betriebes brachte die Gemeinde rund 60.000 Euro ein. Mittlerweile beschloss der Gemeinderat die Einstellung des Betriebes und der Nahversorger wurde von der Firma Kastner um 34.000 Euro gekauft. Mit dem Verkaufsertrag konnte ein Investitionskredit vorzeitig getilgt werden. Bleibt nur zu hoffen, dass dieser nun private Nahversorger in Allerheiligen erhalten bleibt. Da die Gemeinde weiterhin Mieter des Geschäfts bleibt – es gehört der Brucker Wohnbau – bezahlt diese an die Wohnbaugenossenschaft rund 6.400 Euro monatlich, während die Fa. Kastner als Untermieter an die Gemeinde 2.300 Euro monatlich überweist.



...dass der Gemeinderat in der letzten Sitzung eine Entnahme aus den **Rücklagen des E-Werks Kindberg** in der Höhe von 250.000 Euro beschlossen hat. Da das E-Werk der Gemeinde gehört, wäre eine Gewinnentnahme für Investitionen schon in Ordnung. Ob aber eine Rücklagenentnahme nicht eine Schwächung des Unternehmens mit sich ziehe, war Gegenstand einer Wortmeldung von KPÖ-Gemeinderat Zver. Der Direktor zerstreute die Befürchtungen nicht überraschend, die Bedenken des KP Gemeinderates mit den Worten: „Die Entnahme führt zu keinen Belastungen“ (Die KPÖ hegt an dieser Aussage jedoch einige Zweifel, stimmte aber der Rücklagenentnahme zu).



...dass besorgte Bürger:innen von Jasnitz sich für einen **Geh- bzw. Radweg** sowie für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Jasnitztal Landesstraße einsetzen.

Der Hauptgrund des Anliegens ist, dass ab dem Ortsende von Allerheiligen bis Ortsanfang von Jasnitz lediglich eine 3,8 Meter breite Fahrbahn besteht. Diese Strecke wird speziell in den Frühling-, Sommer- und Herbstmonaten als beliebte Ausflugsstrecke frequentiert. Da es sich dabei um eine Landesstraße handelt fällt die Zuständigkeit auf das Land und das Ersuchen an die Gemeinde, die Interessen der Bevölkerung bei den zuständigen Stellen zu vertreten.



...dass Bgm Sander die **Ärztelituation in Kindberg** als nach wie vor sehr schwierig einschätzt. Es fehlen immer noch zwei Kassenärzte. Es wurden bereits sehr viele Gespräche mit verschiedenen Ärzten und verantwortlichen Personen aus dem Gesundheitswesen geführt. Der Plan eines Primärversorgungszentrums am Vösendorfplatz wäre eine Möglichkeit.

Die ÖGK hätte auch Interesse an einer Errichtung. Ein alternativer Standort wäre beim Cowerk in der Schrackgasse. Ebenso bittet er den Gemeinderat, sofern ihnen Allgemeinmediziner bekannt sind, den Kontakt mit ihm herzustellen, um weitere Gespräche führen zu können.

Was uns auf- und eingefallen ist...

...dass KPÖ-Gemeinderat Rudolf Muri bei der Juni-Sitzung zum wiederholten Male auf die **desolate Kanalisation** in der Neuen Heimat hingewiesen hat, die bei stärkeren Gewittern immer noch zu Überschwemmungen in den Kellern führt. Mehrmalige Interventionen bei der Hausverwaltung fruchteten nicht und mittlerweile gibt es nicht einmal mehr eine Antwort.

...dass die Gemeinde St. Barbara **Teile des Inventars des Sportstüberls Wartberg** verkaufte. Damit werden offene Forderungen gegenüber dem säumigen Pächter abgegolten. Bleibt nur zu hoffen, dass wenigstens diese Sportanlage nicht das selbe Schicksal wie die Mitterdorfer erleidet...

...dass der **Nachtragsvoranschlag** der Gemeinde St. Barbara gegen die Stimmen der FPÖ und der KPÖ beschlossen wurde

...dass die SPÖ eine **Resolution** gegen die Abwertung des LKH Bruck (bezirkswweit) eingebracht hat. Adressat ist die KAGES. Allerdings leidet das dieses Engagement gegen die Demontage der steirischen Krankenhäuser unter mangelnder Glaubwürdigkeit. Jahrelang demontieren die SPÖ und die ÖVP in der Landesregierung und im Landtag die steirischen KAGES Standorte und verteidigen noch immer das Wahnsinnsprojekt Leitspital Stainach.

...dass KPÖ Gemeinderat Muri die Funktion des **Prüfungsausschussobmannes** aus persönlichen Gründen zurückgelegt hat. Da die KPÖ als kleinste Fraktion automatisch das Wahlvorschlagsrecht hat, wurde von Gemeinderat Muri als Nachfolger Gemeinderat Ernst Ebner (FPÖ) vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

...dass die Gemeinde **drei Klimatickets Steiermark** für die Bürger:innen von St. Barbara angekauft hat. Diese können bei der Gemeinde zum Verleih angefordert werden. Als Gemeinderat Muri vor geraumer Zeit anfragte ob ein Ankauf nicht auch für die Bewohner:innen eine gute Sache wäre wurde dies noch in Abrede gestellt.

...dass das Projekt „Nahwärme“ theoretisch ganz Mitterdorf und Wartberg mit **Abwärme** aus dem Werk Breitenfeld bzw. mit Biomasse versorgen könnte. Insgesamt wären dafür 700.000 Euro an Investitionen notwendig, welche vom Werk und von den Waldbesitzern aufgebracht werden.

...dass das **Gasversorgungsunternehmen** und Gasnetz Veitsch verkauft werden sollen. Aufgrund der Monopolisierung des Marktes wird es für Klein- und Kleinstunternehmen wie dem Veitscher Betrieb immer schwieriger, beim Einkauf gute Preise zu erzielen. Dass diese Situation weder für die Gemeinde noch für die Kunden langfristig gut ist, weiß man wohl. Nur hilft dies wenig, es ist eben das Wesen des Kapitalismus: Der Kleine wird vom Großen gefressen. Im November soll der Betrieb an die Energie Steiermark verkauft werden.

Erstmal so, dann mal so, was jetzt?

Bei der Gemeinderatssitzung im Juni wurde über den beabsichtigten Verkauf des ehemaligen Mitterdorfer Fußballplatzes beraten. Dabei war die Rede von zwei Interessenten mit jeweils anderer beabsichtigter Nutzung. Einmal wollte die Fa. Kohlbacher ihre naheliegenden Betriebsflächen erweitern, ein weiterer Interessent will einen Campingplatz auf dem Gelände errichten. Bürgermeister Jance favorisierte im Juni noch den Verkauf an die Firma Kohlbacher während mittlerweile der zweite Interessent Kraischek die Nase vorne hat. Verkauft soll der gesamte Fußballplatz werden. Die Vorschläge (von Teilen der Opposition) nach einer Bestbieterlösung greift unserer Meinung nach auf alle Fälle zu kurz, weil die Nachnutzung unbedingt auch eine Rolle spielt. Arbeitsplätze und die damit verbundenen Steuereinnahmen müssten eingerechnet werden. Tatsächlich sollte man hier nichts übereilen und Beschlüsse fassen, die sich im Nachhinein als falsch erweisen könnten, meint

Gemeinderat *Rudolf Muri*



Werner Murgg, KPÖ Landtagsabgeordneter:

Der ursprünglich angenommene Kostenrahmen für das geplante „Leitspital“ Region Liezen in Stainach betrug 261 Millionen Euro. Dieser Rahmen ist unmöglich zu halten. Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP hat der Landtag einen neuen Kostenrahmen von über 330 Millionen Euro frei gegeben. KPÖ, FPÖ, Grüne und Neos stimmen dagegen.

Geht's uns besser als wir glauben? Scheinheiligkeit kennt keine Grenzen

ÖVP-Generalsekretär Stocker sagt: es geht uns besser als wir glauben und Bundeskanzler Nehammer empfiehlt armen Leuten einen billigen Hamburger. Die Politik ist schon so abgehoben, dass sie sich nicht mehr vorstellen können, wie schlecht es immer mehr Menschen geht.

Rudolf Muri: „Das ist eine Verhöhnung. Politiker mit Riesengehältern richten uns aus, dass wir in Zeiten wie diesen zufrieden sein sollen“.

Es geht uns nicht besser als wir glauben. Das will uns nur die Regierung einreden. Teuerung ist mit 6,1 Prozent für alle spürbar. Vor allem Lebensmittel steigen viel

stärker im Preis als die Inflationsrate. Ein Liter Milch kostet aber für arm und reich gleich viel. Deshalb ist eine prozentuelle Pensionserhöhung für niedrige Pensionen weniger groß als für Menschen mit hohen Pensionen. Das macht das Leben für Mindestpensionistinnen noch schwieriger.

Dass die Preise im EU-Ausland deutlich niedriger sind, wird einfach weggewischt. Es wird auch verschwiegen, dass die Politik der EU-Zentralbank, die Finanzierung des Krieges und die auch durch den Krieg gestiegenen Energiekosten die Preistreiber sind.

Die Menschen geben weniger aus. Und bei allem Optimismus: Es schaut nicht so aus, dass es im kommenden Jahr besser wird. Die Wirtschaft wächst nicht mehr.



KPÖ-Gemeinderat Rudolf Muri

Die Leute haben weniger Geld zum Ausgeben.

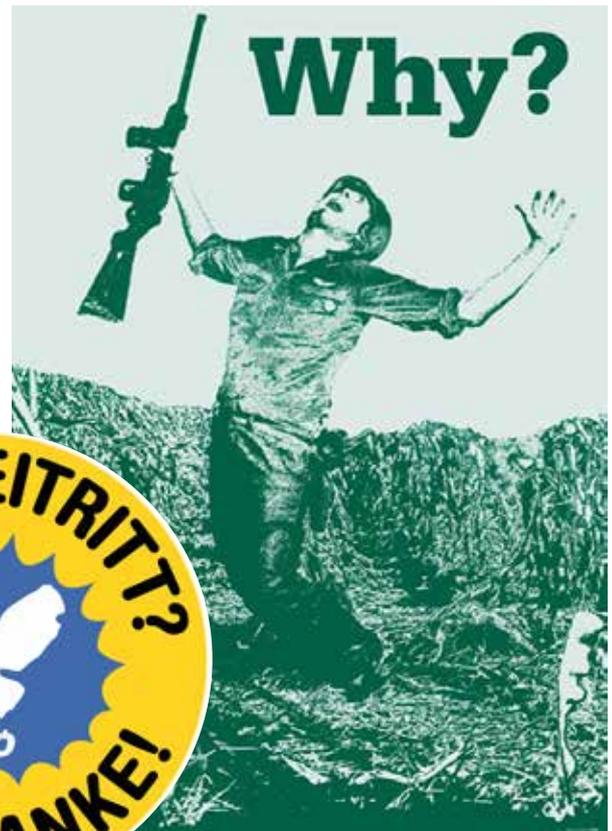
Rudolf Muri: „Wir brauchen echte Maßnahmen. Lösungen, die unseren Problemen gerecht werden. Strom und Heizen muss für alle sichergestellt werden. Die Lebensmittelpreise müssen runter. Die Mietenexplosion der letzten Jahre muss gekappt werden.“

Die KPÖ setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Profitgier nicht darüber entscheidet, wie die große Mehrheit über die Runden kommt. Alle anderen Parteien akzeptieren das Prinzip, für die Gewinne der Konzerne die Arbeitenden auszubeuten. Wir stehen auf der Seite der Menschen, die es sich nicht richten können.

Neutralität statt „Sky Shield“!

Österreich hat eine lange Tradition der friedensstiftenden Außenpolitik, die auf dem österreichischen Staatsvertrag und der immerwährenden Neutralität fußt. Die meisten Österreicher sind sich voll und ganz bewusst, was sie an der Neutralität haben. Nicht so die Bundesregierung: Diese startet den nächsten Versuch, die Neutralität auszuhöhlen. Am 7. Juli gab ÖVP-Verteidigungsministerin Tanner bekannt, dass sie Österreich unter den „Sky Shield“-Raketenabwehrschirm mit 17 EU- und NATO-Staaten bringen möchte. Das mit der österreichischen Verfassung nicht vereinbar, die vorsieht, dass Österreich „keinen militärischen

Bündnissen beitreten“ wird! Dazu kommt noch die offene Frage der Kosten für Sky Shield. Gesprochen wird von mehreren Milliarden Euro. „Die gigantischen Summen, die Sky Shield verschlingen würde, wären in der Pflege, in der elementaren Bildung, für Anti-Teuerungsmassnahmen und für leistbares Wohnen viel besser eingesetzt. Wir brauchen keinen abenteuerlichen Aufrüstungskurs in Österreich und kein neues weltweites Wett-rüsten. Die Neutralität Österreichs muss mit neuem Leben erfüllt statt noch weiter ausgehöhlt werden!“, so Labdtags-abgeordnete und KPÖ-Klub-obfrau Claudia Klimt-Weithaler.



Rat & Hilfe bei der Mieter- und Sozialberatung der KPÖ

Die Sprechstunden finden jeden Mittwoch von 15.30 bis 17.00 Uhr im KPÖ-Büro Mürzzuschlag, Wiener Straße 148 statt.

Außertourliche Termine nach telefonischer Vereinbarung auch in Kindberg oder St. Barbara

Sie finden kostenlos Rat und Hilfe:

- bei mietrechtlichen Fragen
- wenn Sie Schwierigkeiten haben, Ihre Miete zu bezahlen
- bei drohender Delogierung
- in Fragen des Arbeitsrechts, im Pensions- und Sozialbereich
- bei Fragen der Mindestsicherung

Geben statt Nehmen!

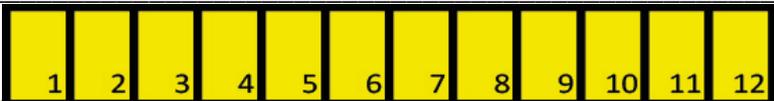
Telefonische Voranmeldung bitte unter der KPÖ Mürzzuschlag Tel. 03852 2453 oder 0676 5955601 (Mario Zver) – E-Mail: kpoemuerz@gmail.com

Muss, Obliegenheit	Auswärtiger, Unbekannter	locker, wacklig	der Wolf in der Fabel		Mai-länder Opernhaus		landsch.: Schnur, Bindfaden	internationales Not-signal	Ver-brechen		gewiss doch, ja		Kultbild der Ost-kirche	echt; ehrlich		italie-nische Wein-stadt	franz. unbestimmter Artikel
						4	Wasser-sport-lehr-gang		3							Sohn des letzten österr. Kaisers	
blass-roter Farbton					Fluss der Schweiz u. Frank-reichs						Drehung, Umlauf		engli-sche Schul-stadt				
dumme, törichte Handlung (ugs.)			11				Front, Fassade								8		
					europ. Kultur-TV-Kanal		Rund-sicht, Ausblick	Affodill-gewächs, Heil-pflanze		7			weib-liches Märchen-wesen		Stadt in NRW, am Hellweg		Ausflug zu Pferde
griechi-scher Buch-stabe		Ruhe-pause		Lust, et-was Be-stimmtes zu essen							chemi-sches Element, ein Gas						
Staat in Nordost-afrika							10	ein Europäer	ärmel-loser Umhang				asia-tischer Affe		summen, brummen		
	5			feines Gewebe		keines-falls, nie und nimmer					nicht heiter; seriös				1		
nagen-der Kummer	Harn-stoff (latei-nisch)		spani-sche Anrede: Herr					festes See-, Signal-zeichen	Vor-nehm-tuer		großer schwar-zer Vogel	Körper-hülle					12
		9	eng-lisch: neu		slaw. Herr-scher-titel	Wein-trauben-art								griechi-sche Göttin		arabi-scher Männer-name	
Gesell-schafts-anzug (Kzw.)		Kurort an der franz. Riviera						Opern-sängerin: ... Netrebko				Frau Abra-hams im A. T.					
					6	ägypti-sche Baum-wolle					sack-ähnli-ches Be-hältnis					2	
Garten-zier-pflanze		Quell-fluss der Weser						eine der Gezeiten				Astro-loge Wallen-steins					

Die Gewinner der letzten Ausgabe:
Gemeinde Kindberg:
 1. Preis 40 € REWE - Gut-schein: *Josefine Ulrich*
 2. Preis 30 € REWE - Gut-schein: *Barbara Fölzer*
 3. Preis je eine Flasche Red Roots vom Markowitsch: *Mari-na Sagmeister, Renate Höfer.*
Gemeinde St. Barbara:
 1. Preis 40 € Spar - Gut-schein: *Franz Fraiß*
 2. Preis 30 € Spar - Gut-schein: *Elfi Grafoner*
 3. Preis je eine Flasche Red Roots vom Markowitsch: *Brigitte Wochinz, Susa-ne Böhm.* Diesmal werden wieder je Gemeinde ein € 40 Gutscheine, ein mit je 30€ Gutscheine und je 2 Flaschen Red Roots Wein zu gewinnen sein.

Schneiden sie den ausgefüllten Kupon aus und senden sie ihn an die **KPÖ Mürzzuschlag, Wiener Straße 148 8680 Mürzzuschlag** oder senden sie die Lösung **mit Name und Adresse** per E-Mail an: **kpoemuerz@gmail.com. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2023**

Name: _____
 Strasse: _____
 Wohnort: _____
 Telefon: _____



Der Rechtsweg ist ausge-schlossen. Die Gewinner werden in der nächsten Nummer bekannt gegeben. Die Preise werden nach der Veröffentlichung zugestellt.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger, Herstellung und F.d.Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. E-Mail: a.fuchs@kpoe-steiermark.at // DVR: 0600008
Druck: Kurz Mürzzuschlag, **Offenlegung:** Die Mürztaler Volksstimme - Informationsblatt der KPÖ Mürztal Mitte - dient der Information der Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

Wohnen darf nicht arm machen!

Ein Dach überm Kopf, das brauchen wir alle. Ein Zuhause, in dem man sich wohlfühlt, ist ein großes Stück Lebensqualität. Dazu gehört, keine Sorgen zu haben, die eigene Wohnung bezahlen zu können. Für immer mehr Menschen ist das aber längst bedrückender Alltag. Die Wohnkosten steigen seit vielen Jahren stark. Ein Ende der Teuerung ist nicht in Sicht.

In den letzten Monaten war aber eine interessante Entwicklung zu beobachten: Eine Partei nach der anderen entdeckt das Thema „leistbares Wohnen“ für sich. Ob es etwas damit zu tun hat, dass im kommenden Jahr die nächste Nationalratswahl und die steirische Landtagswahl anstehen? Ein Schelm, wer Böses denkt...

Alle reden vom Wohnen – und dann?

Das Muster kommt vielen Menschen nur allzu bekannt vor: Vor einer Wahl versprechen alle das Blaue vom Himmel, aber schon am Tag nach der Wahl sind die Versprechungen vergessen und alles geht weiter wie zuvor. Das ist besonders auch beim Wohnen so – oder haben Sie das Gefühl, dass es bei Ihren Wohnkosten in den letzten 10 Jahren eine Entspannung gegeben hat?

„Erhöhung“ der Wohnunterstützung?

Auch bei uns in der Steiermark entwickelt die Landesregierung in letzter Zeit ein gesteigertes Interesse für leistbares Wohnen. Aber was sind die Sonntagsreden und Plakatkampagnen von ÖVP und SPÖ tatsächlich wert? Schauen wir uns dafür die Wohnunterstützung – die wichtigste steirische Zuzahlung zu den Wohnkosten – einmal genauer an: Im Juli gab die Landesregierung bekannt, eine Anpassung um rund 20 Prozent vorzunehmen. Dafür gab es Eigenlob in höchsten Tönen. Was sie allerdings nicht dazusagen: Es war die erste Erhöhung der Wohnunterstützung nach 12 Jahren Untätigkeit. Und: Die neue maximale Bezugshöhe liegt immer noch mehr als fünf Prozent unter (!) dem Niveau vom 2011 – obwohl die Mieten in der Steiermark seither um mehr als 50 Prozent gestiegen sind. Diese „Erhöhung“ der Wohnunterstützung ist also in Wahrheit eine Augenauswischerei der steirischen Bevölkerung.

Mogelpackung Mietpreisbremse

Und auf Bundesebene? Groß waren die Schlagzeilen – „Die Mietpreisbremse kommt!“ Aber tut sie das wirklich? Zum einen gilt diese „Preisbremse“ für frei finanzierte Wohnungen überhaupt nicht. Für die restlichen Wohnungen hat die Bundesregierung eine maximale Mieterhöhung von 5 Prozent beschlossen – und zwar pro Jahr! Das wären bis 2026 im Schnitt weitere 866 Euro mehr pro Haushalt und Jahr. Klingt das nach echter Entlastung? Mehr noch: Die Nationalbank rechnet für 2024 nur mehr mit 4,1 Prozent und für 2025 mit 2,9 Prozent Inflation. Dieser Pseudo-„Mietendeckel“ liegt mit 5 % deutlich darüber und ist demnach keine Unterstützung, sondern de facto eine Gewinngarantie für die Vermieter. Anstatt die Mieten nach Jahren des Zuwartens, in denen der größte Schaden schon angerichtet wurde, endlich einzufrieren, bringen ÖVP und Grüne so einen Schmäh, der zum Lachen wäre, ginge er nicht auf Kosten der Existenz hunderttausender Menschen.

Es geht auch anders

Eine Mietpreisbremse, die diesen Namen tatsächlich verdient, gibt es in Graz. Dort ist mit Elke Kahr seit fast zwei Jahren eine Kommunistin Bürgermeisterin. In den städtischen Gemeindewohnungen, wo die Stadt direkt in die Mieten eingreifen kann, hat die KPÖ-geführte Stadtregierung sämtliche Mieterhöhungen des Bundes im vergangenen Jahr zur Gänze abgefedert und nicht an

die Mieterinnen und Mieter weitergegeben. Heuer ist die Anpassung mit moderaten zwei Prozent gedeckelt. Zum Vergleich: Die Kategoriemieten sind in derselben Zeit um unglaubliche 23 Prozent gestiegen. Vor solchen Wohnkosten-Explosionen werden die Mieterinnen und Mieter städtischer Gemeindewohnungen auch weiterhin geschützt: Bis 2026 werden die Mieten maximal nur um weitere vier Prozent angepasst werden.

Wo es eine starke KPÖ gibt, zeigt sich: Es geht auch anders. Die extremen Teuerungen beim Wohnen sind kein Naturgesetz. Gibt es den politischen Willen, lässt sich vieles für die Menschen verbessern. Die Kompetenzen einer Stadt wie Graz sind allerdings auf die eigenen, städtischen Gemeindewohnungen beschränkt. Für einen wirksamen Mietendeckel für alle restlichen Wohnungen, auch die privaten, braucht es die Initiative der Bundesregierung. Die fühlt sich aber augenscheinlich eher den Profitinteressen der Immobilienbranche und der Hausherren als unserem Grundrecht auf Wohnen verpflichtet. Und über das Grundproblem, dass Wohnraum im Kapitalismus eine Ware wie jede andere ist, mit der spekuliert und Profit gemacht wird, spricht schon gar keiner.

Gemeinsam für leistbares Wohnen!

Damit sich das ändert und das Wohnen wieder leistbar wird, braucht es den Druck aus der Bevölkerung auf die Landes- und Bundesregierung. Darum haben wir von der KPÖ im Frühjahr die Wohnpetition gestartet (siehe Rückseite dieser Zeitung). Tausende Unterschriften sind schon zusammengekommen, tausende mehr sollen es noch werden. Sind Sie auch der Meinung, dass es einen echten Mietendeckel für alle Wohnungen, viel mehr leistbaren öffentlichen statt profitgetriebenen privaten Wohnbau und eine kräftige Erhöhung und Ausweitung der steirischen Wohnunterstützung braucht? Dann möchten wir Sie herzlich ersuchen, die Wohnpetition mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen. Das geht wahlweise über die Unterschriftenliste, die Sie in dieser Ausgabe der Volksstimme finden, oder auch online auf: www.wohnpetition.at. Vielen Dank für Ihre Mithilfe!



MACH MIT!

Es ist an der Zeit:

Nimm Dir ein Herz und arbeite bei uns mit!

Erfolge der KPÖ in Graz und Salzburg haben gezeigt: Eine andere Politik ist möglich – mit Freundlichkeit, Solidarität und Widerstand! Damit es schon bald in vielen Orten in der ganzen Steiermark Erfolge geben kann, brauchen wir auch Dich: **Der richtige Zeitpunkt, aktiv zu werden, ist jetzt.**

Hilf mit, die soziale Alternative im Mürztal weiter aufzubauen. Du kannst uns helfen! Sei es einfach nur durch Informationen, durch Mitarbeit oder durch aktive oder passive Mitgliedschaft. **Wir brauchen jede/n!**

Schreib uns eine Mail oder ruf uns einfach unverbindlich an!

KPÖ Mürztal Mitte

Mario Zver: 0676 5955601 kpoe.kindberg@gmail.com

Rudolf Muri: 0681 10117016 murirudolf46@gmail.com

Unterschreiben auch Sie!

Gemeinsam für leistbares Wohnen!

Die Wohnpetition der KPÖ nimmt Fahrt auf. Helfen auch Sie mit!

Wie geht es Ihnen mit Ihren Wohnkosten? Wenn Ihre Antwort „Schlecht“ ist, geht es Ihnen wie vielen SteirerInnen. Immerhin sind die Mieten in den letzten 12 Jahren um fast 50 Prozent gestiegen. Dazu kommen noch enorme Preissprünge beim Heizen, Strom und den Betriebskosten. Kein Wunder, dass sich die Rechnung für immer mehr Menschen am Ende des Monats nicht mehr

ausgeht.

Echte Maßnahmen gegen die sehr hohen Wohnkosten bleiben Landes- und Bundesregierung aber leider schuldig. Bundesweite Mietpreisbremse? Wurde von der ÖVP verhindert. Steirische Wohnunterstützung? Die wurde kürzlich „erhöht“, ist aber immer noch unter dem Niveau von 2011. Viele Menschen fühlen sich zu recht im Stich gelassen.

Darum hat die KPÖ die Wohnpetition gestartet. Seit Mai sammeln wir in der ganzen Steiermark Unterschriften. Tausende sind schon zusammengekommen, noch viele mehr sollen

es werden. Dafür braucht es auch Sie! Nur gemeinsam können wir Druck aufbauen, damit die Wohnkosten niemanden mehr an den Rand der Existenz bringen.

Auf www.wohnpetition.at

können Sie unterschreiben, sich zum Mitmachen melden und Unterschriftenlisten zum Selber-Sammeln herunterladen.

Setzen wir zusammen ein starkes Zeichen für leistbares Wohnen!



Online unterschreiben:

wohnpetition.at



Bitte unterstützen Sie die Petition für leistbares Wohnen!

Wohnen darf nicht arm machen!

Darum fordern wir die steirische Landesregierung mit einer Petition dazu auf nachfolgende Maßnahmen umzusetzen:

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Petition an die Stmk. Landesregierung gemäß § 110 Volksrechtegesetz.

1. Anhebung der Wohnunterstützung sowie der Einkommensgrenzen; Richtlinien ändern, damit wieder mehr Menschen die Wohnunterstützung bekommen können.
2. Einkommensgrenzen beim Kautionsfonds erhöhen.
3. Anhebung des Heizkostenzuschusses sowie der Einkommensgrenzen.
4. Erhöhung der Wohnkostenpauschale der Sozialunterstützung.
5. Wohnunterstützung auch für BezieherInnen der Sozialunterstützung: Einsatz der Landesregierung für Änderung des Bundesgesetzes.
6. Petition an die Bundesregierung für ein verständliches und soziales Mietrechtsgesetz mit niedrigen Mietzinsobergrenzen.
7. Ausbau und Erhalt von öffentlichem Wohnbau.

Unterschreiben Sie bitte die Petition!



Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift
Lfd. Nummer	Vor- und Familienname	Geburtsdatum
	Adresse (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)	Unterschrift

Ausgefüllte Listen bitte per Post an **KPÖ Bruck-Mürzzuschlag, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag** schicken oder dort abgeben. Viele Dank für Ihre Unterstützung!

Kontaktinformationen: Telefon: 0316 877-5104 | E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at | Webseite: www.kpoe-steiermark.at